

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
 (INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

30. Jahrgang

Berlin, den 1. November 1963

Nummer 44

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Zur Arbeitsmarktlage in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Eine umfassende Berichterstattung über die Arbeitsmarktlage in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist naturgemäß nur mit einer größeren Verzögerung möglich. So liegen seit Juli dieses Jahres die Daten zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Jahr 1962 vor¹⁾; auf weitere Veränderungen der Beschäftigungslage kann nur aus den Bewegungen von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, repräsentiert durch die Zahlen der Arbeitslosen und der offenen Stellen, geschlossen werden.

Beschäftigung

Nach den Angaben der Kommission der EWG hat die Beschäftigung in allen Mitgliedsländern 1962 weiter zugenommen, jedoch in sehr unterschiedlicher Intensität und mit Ausnahme von Belgien und Luxemburg in verlangsamttem Tempo im Vergleich zur Entwicklung im Jahre 1961.

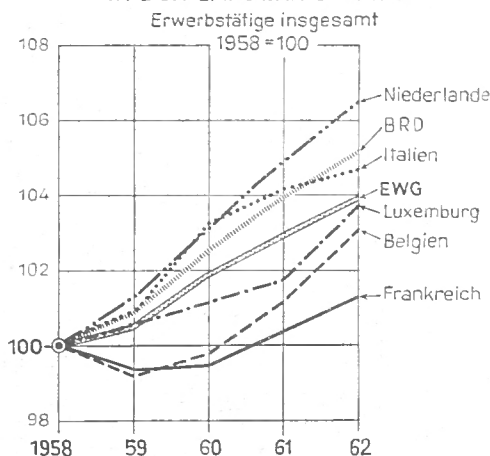
In der gesamten EWG hat im Jahre 1962 die Zahl der (selbständigen und abhängigen) Erwerbstätigen um 0,8 vH zugenommen (1961: 1,3 vH). Über dem Durchschnitt lagen die Zuwachsraten in Belgien und Luxemburg (jeweils 1,9 vH), in den Niederlanden (1,4 vH) und in der Bundesrepublik Deutschland (1,1 vH). Stark verlangsamt hat sich seit 1960 das in den vorangegangenen Jahren überdurchschnittlich starke Beschäftigungswachstum in Italien (1960: 2,4 vH; 1961: 0,9 vH; 1962: 0,5 vH).

Die bereits in den vergangenen Jahren festgestellten Veränderungen der Beschäftigungsstruktur²⁾, die in allen Mitgliedsländern übereinstimmend auf eine Verringerung des Anteils der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft gerichtet sind, haben sich gleichmäßig fortgesetzt³⁾. Im Durchschnitt der EWG ging dieser Anteil von 1960 bis 1962 von 21 auf 19 vH zurück. Nach wie vor bestehen jedoch zwischen den einzelnen EWG-Ländern erhebliche Unterschiede der Erwerbsstruktur, wenn auch die schon früher beobachtete langsame strukturelle Angleichung Fortschritte

gemacht und sich der Abstand zwischen dem Land mit dem höchsten Anteil an Erwerbstätigen in der Landwirtschaft (Italien 1960: 32 vH, 1962: 29 vH) und dem Land mit dem niedrigsten Anteil (Belgien 1960: 8 vH, 1962: 7 vH) weiter verringert hat.

Über die Aufgliederung der nicht-landwirtschaftlich Beschäftigten auf die übrigen Wirtschaftsbereiche liegen nur unvollständige Angaben vor. Danach haben keine nennenswerten Verschiebungen des Beschäftigten-Anteils zwischen dem produzierenden Gewerbe und dem Dienstleistungssektor stattgefunden. Innerhalb dieser Hauptbereiche hat sich jedoch die Beschäftigung in den einzelnen Wirtschaftszweigen unterschied-

DIE ENTWICKLUNG DER ERWERBSTÄTIGKEIT IN DEN LÄNDERN DER EWG



¹⁾ Sechster Bericht der Kommission der EWG über die Entwicklung der sozialen Lage in der Gemeinschaft im Jahre 1962 sowie Anhänge hierzu, Sitzungsdokumente 1963-1964, Dokument 30-III, 12. Juli 1963.

²⁾ Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 32/1962.

³⁾ Der auffallend starke Rückgang des Anteils der landwirtschaftlich Beschäftigten in Luxemburg im Jahre 1961 dürfte statistisch bedingt sein.

lich entwickelt. Eine überdurchschnittliche Steigerung wiesen in den letzten Jahren in den Mitgliedsländern, für die Angaben vorliegen, das Baugewerbe, die metallverarbeitende und (insbesondere in der Bundesrepublik) die chemische Industrie sowie der Handel und die Dienstleistungsbereiche Banken und Versicherungen auf. Weniger einheitlich war dagegen die Beschäftigungsentwicklung in einigen Verbrauchsgüterindustrien.

Vorwiegend im Zusammenhang mit dem allgemein weiter rückläufigen Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft haben sich auch in allen EWG-Ländern die entsprechenden Wandlungen der Sozialstruktur fortgesetzt. Der Anteil der abhängig Beschäftigten ist überall weiter gestiegen und erreichte mit 80 vH in den Niederlanden 1962 den höchsten Wert. Auf annähernd gleichem Niveau lag der Anteil der Arbeitnehmer in Belgien (78 vH) und Deutschland (77 vH), während gegenüber den drei anderen Mitgliedsländern (Frankreich etwa 68 vH, Luxemburg 67 vH, Italien 63 vH) noch größere strukturelle Unterschiede bestehen.

Arbeitslosigkeit

Die ständig wachsende Beschäftigung in den letzten Jahren führte in allen Ländern der EWG bis 1962 zu einer weiteren Reduzierung der

— abgesehen von Italien — ohnehin nur noch geringen Arbeitslosigkeit. Selbst in Italien betrug die Arbeitslosenquote (Anteil der Arbeitslosen an der Zahl der Arbeitnehmer) 1962 nur noch 3 vH⁴⁾. In Belgien, wo die Zahl der Vollarbeitslosen nach der Statistik der Arbeitslosenversicherung 1961 noch über 4 vH der Arbeitnehmer ausmachte, ging die Quote infolge der starken Beschäftigungszunahme im Jahre 1962 auf 2 vH zurück. In diesen Zahlen sind allerdings nicht die teilweise oder vorübergehend Arbeitslosen enthalten (in den Jahren 1961 und 1962 durchschnittlich jeweils knapp 2 vH der Arbeitnehmer). Im Bundesgebiet und in den Niederlanden liegen die Arbeitslosenquoten seit 1961 unter 1 vH; in Luxemburg gibt es praktisch überhaupt keine Arbeitslosigkeit. Für Frankreich dürfte die Arbeitslosenquote 1961 ebenfalls weniger als 1 vH betragen haben (amtliche Angaben liegen nicht vor). Im Jahre 1962 stand die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Frankreich unter dem Einfluß der Rückwanderung aus Algerien. Seit Anfang Oktober 1962 wird die Zahl der arbeitslosen Algerien-Rückkehrer, deren wirtschaftliche Eingliederung ein besonderes

⁴⁾ Hierbei sind die aus den Stichprobenerhebungen des Statistischen Zentralamtes gewonnenen Arbeitslosenzahlen zugrunde gelegt worden. Die wesentlich höher liegenden Zahlen der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen sind als überhöht anzusehen. Vgl. hierzu Th. Bolle: „Zur Entwicklung der Arbeitsmarktlage in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 1963, Heft 2, S. 201.

Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Kräftebedarf in den Ländern der EWG

Jahresdurchschnitte bzw. Monatsendzahlen; in 1000

Land	1960	1961	1962	1962				1963	
				März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Erwerbstätige¹⁾									
Bundesrepublik									
Deutschland . . .	25 040	25 395	25 680
Frankreich . . .	²⁾ 18 640	²⁾ 18 890	³⁾ 18 956
Italien	²⁾ 19 407	²⁾ 19 573	²⁾ 19 662
Niederlande . . .	4 217	4 289	⁴⁾ 4 350
Belgien	3 385	3 430	3 494
Luxemburg	144	145	148
EWG insgesamt	70 833	71 722	72 290
Arbeitslose⁵⁾									
Bundesrepublik									
Deutschland . . .	237	161	142	190	88	83	219	204	108
Frankreich ⁶⁾ . . .	131	112	101	111	83	85	106	113	81
Italien ⁷⁾	557	434	344	582	332	223	237	534	233
Niederlande . . .	41	31	30	30	21	27	47	37	21
Belgien ⁸⁾	158	128	86	113	57	51	144	86	40
Luxemburg	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Offene Stellen⁹⁾									
Bundesrepublik									
Deutschland . . .	454	536	549	581	598	580	406	552	573
Frankreich	25	37	55	49	63	56	65	58	65
Niederlande . . .	92	119	122	116	142	127	103	108	142
Belgien	8	13	16	16	16	20	12	16	21
Luxemburg	1	1	1	1	1	1	1	1	1

Quellen: Erwerbstätige: Anhang zum Sechsten Bericht der Kommission der EWG über die Entwicklung der sozialen Lage in der Gemeinschaft im Jahre 1962. — Population, 1963 Nr. 3. — Arbeitslose: Year Book of Labour Statistics 1962 und amtliche Quellen der einzelnen Länder. — Offene Stellen: Allgemeines Statistisches Bulletin des Statistischen Amtes der EWG.

¹⁾ Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Arbeitnehmer; ohne Soldaten. — ²⁾ Vorläufige, evtl. auf Grund der Volkszählung noch zu berichtende Zahlen. — ³⁾ Ergebnisse der Volkszählung von 1962. — ⁴⁾ Geschätzt. — ⁵⁾ Die Unterschiede in der statistischen Erfassung der Arbeitslosen lassen eine Zusammenfassung der Länderzahlen zu einer Summe für die EWG nicht zu. — ⁶⁾ Seit Anfang Oktober 1962 ohne Algerien-Rückwanderer. — ⁷⁾ Stichprobenerhebungen des Statistischen Zentralamtes; ohne die zum ersten Mal Arbeitssuchenden. Stichtage 1962: Januar, April, Juli, Oktober; 1963: Januar, Mai. — ⁸⁾ Statistik der Arbeitslosenversicherung; täglicher Durchschnitt der ganz, teilweise oder vorübergehend Arbeitslosen. — ⁹⁾ Für Italien liegen keine Angaben vor.

Problem für die französische Arbeitsmarktpolitik bildete, gesondert ausgewiesen; sie betrug in ihrem Höchststand Anfang Dezember 74 000 (bei 101 000 einheimischen Arbeitslosen) und hat sich seitdem kontinuierlich auf weniger als 34 000 Anfang August 1963 verringert.

Abgesehen von den besonderen Verhältnissen in Frankreich ist auch in den übrigen Mitgliedsländern die Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 1962 — im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren — nicht mehr einheitlich gewesen. In Deutschland und den Niederlanden kam der Rückgang der Arbeitslosigkeit 1962 zum Stillstand; seitdem ist in beiden Ländern — bei fortbestehender Vollbeschäftigung — sogar eine geringfügige Erhöhung eingetreten. Während aber im Bundesgebiet die Arbeitslosenzahlen in den ersten neun Monaten 1963 durchweg über den entsprechenden Vorjahrszahlen lagen, haben sie in den Niederlanden im zweiten Vierteljahr 1963 den Vorjahrsstand wieder unterschritten. In Italien und Belgien hat sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit fortgesetzt, in Italien nur unterbrochen von einem vorübergehenden Anstieg im ersten Vierteljahr 1963. Hierbei dürfte es sich um eine Auswirkung des abnorm strengen Winters gehandelt haben, der im übrigen auch die Arbeitslosenzahlen Deutschlands und der Niederlande stark beeinflußt hat.

Ein regionaler Vergleich der beruflichen Struktur der Arbeitslosigkeit ist wegen der mangelhaften statistischen Unterlagen gegenwärtig nicht durchführbar. So werden z. B. die Gruppen der Hilfsarbeiter, der ungelerten oder beschränkt einsatzfähigen Kräfte in den EWG-Ländern unterschiedlich abgegrenzt oder überhaupt nicht gesondert ausgewiesen. In der Zusammenfassung zu den drei Hauptgruppen (landwirtschaftliche Berufe, gewerbliche Berufe, Dienstleistungsberufe) kommen lediglich gewisse tendenzielle Veränderungen in der beruflichen Verteilung der Arbeitslosen zum Ausdruck. Übereinstimmend ist von 1960 bis 1962 in allen EWG-Ländern eine Abnahme des Anteils der Arbeitslosen in den gewerblichen Berufen und eine relative Zunahme in den Dienstleistungsberufen festzustellen. Dagegen sind die aus den Daten des ersten Halbjahres 1963 abzulesenden Veränderungen der Verteilung der Arbeitslosen in den Mitgliedsländern nicht einheitlich.

Kräftebedarf

Der Bedarf der Wirtschaft an zusätzlichen Arbeitskräften wird im allgemeinen auf Grund der monatlich registrierten Zahl der offenen Stellen beurteilt. Da diese Zahlen aber häufig überhöht sind, in anderen Fällen den tatsächlichen Bedarf nur unvollständig erfassen⁵⁾, kann für regionale Vergleiche nicht ihre absolute Höhe, sondern nur ihre Entwicklung zur Analyse der

Veränderungen des Kräftebedarfs herangezogen werden.

Die Zahl der offenen Stellen in den EWG-Ländern (für Italien liegen keine Angaben vor) ist von 1960 bis 1962 kräftig gestiegen. Ähnlich wie bei den Arbeitslosenzahlen ist diese übereinstimmende Tendenz jedoch seit Mitte 1962 von einer in den einzelnen Ländern unterschiedlichen Entwicklung abgelöst worden.

Im Bundesgebiet hat die Zahl der offenen Stellen von Oktober 1962 bis Juli 1963 unter dem entsprechenden Vorjahrsstand gelegen; im August und September ist dieses Niveau jedoch wieder überschritten worden. Die Verringerung des Bedarfs zeigte sich in allen wichtigen Berufsgruppen, besonders jedoch in den industriellen Berufen. Eine ähnliche Entwicklung wie in Deutschland ist in den Niederlanden festzustellen. Auch hier war der Kräftebedarf von Mitte 1962 bis Mitte 1963 geringer und im Juli 1963 wieder etwas höher als im Vorjahr. In Frankreich ging das Stellenangebot nach dem sprunghaften Anstieg im vierten Quartal 1962 Anfang 1963 wieder zurück, hielt sich jedoch (mit Ausnahme des Monats Mai 1963) über dem Vorjahrsniveau. In Belgien setzte sich die steigende Tendenz des Kräftebedarfs auch im ersten Halbjahr 1963 fort; in Luxemburg trat im zweiten Halbjahr 1962 eine vorübergehende Bedarfsminderung ein.

Die berufliche Verteilung der offenen Stellen läßt erkennen, daß der unbefriedigte Bedarf an Arbeitskräften in allen Mitgliedsländern am größten im Baugewerbe und in der Metallindustrie ist. In einigen Ländern (Frankreich, Niederlande, Belgien) hatte auch die Textil- und Bekleidungsindustrie einen hohen Anteil an den offenen Stellen. Allein auf die vorwiegend den genannten Wirtschaftszweigen zuzurechnenden Berufsgruppen entfielen Ende Juli 1963 37 vH (Deutschland) bis 54 vH (Frankreich) des gesamten Stellenangebots. Verhältnismäßig hoch ist ferner der Bedarf in den Dienstleistungsberufen.

Regionaler Arbeitskräfteausgleich

Die weitgehende Ähnlichkeit der beruflichen Verteilung des Arbeitskräftebedarfs bietet eine Erklärung dafür, daß sich trotz weiterer Liberalisierungsmaßnahmen und trotz der den Arbeitssuchenden aus Mitgliedsländern eingeräumten allgemeinen Vorrangstellung vor Angehörigen anderer Länder der regionale Ausgleich innerhalb der EWG 1962 nicht mehr intensiviert hat. Die Arbeitsverwaltungen mußten bei der Vermittlung ausländischer Arbeitskräfte auf dritte Länder zurückgreifen, da die gesuchten Fachkräfte häufig auch in anderen Mitgliedsländern nicht angeworben werden konnten. Dies ist eine der Ursachen dafür, daß das Kontingent der Italiener unter den neu angeworbenen Arbeitskräften aus den vier Ländern, in denen die Bundesrepublik Kommissionen zur Vermittlung von Arbeitskräften unterhält

⁵⁾ Vgl. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, a. a. O. S. 201 f.

(Italien, Spanien, Griechenland, Türkei), seit Juli 1963 an die letzte Stelle gerückt ist, während es in den ersten fünf Monaten dieses Jahres noch an der Spitze lag. Da jedoch eine erheblich größere Zahl von Italienern auf Grund privater Initiative als durch amtliche Vermittlung in das Bundesgebiet gelangt ist (im 2. Vierteljahr 1963 mehr als dreimal soviel), waren Mitte 1963 von den im Bundesgebiet Beschäftigten 804 000 nichtdeutschen Arbeitnehmern noch immer der größte Teil, nämlich 298 000 oder 37 vH, Italiener, wenn sich ihr Anteil auch gegenüber dem Vorjahr (41 vH) verringert hat.

Nach Angaben der EWG-Kommission waren 1958 465 000, 1959 434 000 und 1960 497 000 italienische Arbeitnehmer im Ausland beschäftigt. Für die folgenden Jahre stehen nur Angaben der Bundesrepublik und der Schweiz zur Verfügung. Danach ist die Zahl der in diesen beiden Ländern beschäftigten Italiener 1961 um zusammen etwa 190 000, 1962 um weitere 110 000 gestiegen. Da sich auch in den übrigen Ländern, die italienische Arbeitskräfte aufgenommen haben, deren Zahl seit 1960 erhöht haben dürfte, kann angenommen werden, daß 1961 mindestens 700 000 und 1962 rund 830 000 Italiener im Ausland beschäftigt waren, also etwa 365 000 mehr als 1958. In diesem Umfang hat die Arbeitsaufnahme im Ausland zu der Reduzierung der Arbeitslosenzahl in Italien beigetragen, die nach den Erhebungen des italienischen Statistischen Zentralamtes von 1958 bis 1962 von 1,34 Mill. auf 623 000, also um 717 000 zurückging.

Im Gegensatz zu der Situation bei den Facharbeitern besteht bei den ungelerten Kräften

auch innerhalb der EWG noch eine Reserve, vor allem in Italien, die weit über die Zahl des Stellenangebots für diese Gruppe hinausgeht. So suchten Ende Juli 1962 in der EWG insgesamt 375 000 ungelernete Hilfskräfte Beschäftigung, während zur gleichen Zeit insgesamt nur 70 000 freie Stellen für solche Kräfte registriert waren⁶⁾.

Möglichkeiten, den Arbeitskräfteausgleich bei entsprechender Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterrichtung auch innerhalb der EWG zu intensivieren, sind also noch gegeben. Diesem Ziel diente auch die 1960 und 1961 von der Bundesrepublik und den Niederlanden durchgeführte Ausbildung italienischer Arbeiter. Mit der fortschreitenden wirtschaftlichen Expansion in Italien boten sich aber den Arbeitsuchenden nach Abschluß ihrer Ausbildung immer mehr Möglichkeiten für eine Beschäftigung im Heimatland, so daß sich die Vermittlung über die Landesgrenzen hinweg nicht im erwarteten Ausmaß erhöhte.

Der außerordentlichen Bedeutung, die der Frage der Berufsausbildung für die Integration des europäischen Arbeitsmarktes zukommt, hat der Artikel 128 des EWG-Vertrages Rechnung getragen. In Erfüllung dieses Artikels hat der Rat der EWG am 2. April 1963 die „Aufstellung allgemeiner Grundsätze für die Durchführung einer gemeinsamen Politik der Berufsausbildung“ beschlossen. Die in diesen Grundsätzen angeregten Maßnahmen könnten in Zukunft zu einer engeren Verflechtung des europäischen Arbeitsmarktes führen.

⁶⁾ Jahresbericht der Kommission der EWG über die Ausgleichs- und Vermittlungstätigkeit auf der Ebene der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1. 10. 1961 - 30. 9. 1962), Brüssel, März 1963.

Investitionsbedarf und Investitionsfinanzierung der Deutschen Bundespost

Der Investitionsbedarf

Die Investitionen der Deutschen Bundespost wiesen in der Nachkriegszeit von Jahr zu Jahr erhebliche Steigerungsraten auf, trotzdem ist es in den letzten Jahren nicht gelungen, mit der Entwicklung der Nachfrage im kapitalintensivsten Dienstzweig, dem Fernmeldewesen, Schritt zu halten. Die Zahl der unerledigten Anträge auf Einrichtung eines Hauptanschlusses ist inzwischen auf mehr als 300 000 gestiegen, das entspricht etwa der Höhe der jährlichen Zugänge. Von der Bundespost werden für die Einrichtung von Anschlüssen Fristen von einigen Monaten, in Ausnahmefällen sogar von Jahren, genannt. Dabei ist für das Fernsprechwesen — wie der nebenstehende internationale Vergleich zeigt — eine Sättigungsgrenze noch lange nicht erreicht. Nach der Fernsprehdichte steht die Bundesrepublik Deutschland erst an 15. Stelle aller Länder. Insbesondere ein Vergleich mit dem im Hinblick auf

Industrialisierung, Landesgröße und Bevölkerung ähnlich strukturierten Großbritannien zeigt, wie weit Westdeutschland in der Entwicklung des Fernsprechwesens zurückliegt.

Zahl der Fernsprech-Hauptanschlüsse in wichtigen Ländern je 100 Einwohner am 1. 1. 1962

1) Schweden 30,0	12) Belgien 7,1
2) USA 27,3	13) Italien 6,7
3) Kanada 24,1	14) Österreich 6,5
4) Neuseeland 23,6	15) BRD 6,4
5) Schweiz 21,0	16) Frankreich 5,2
6) Dänemark 18,9	17) Argentinien 4,8
7) Australien 15,8	18) Japan 4,3
8) Norwegen 13,8	19) Spanien 4,3
9) Finnland 10,1	20) Südafrika 4,2
10) Niederlande 9,6	21) SBZ 3,7
11) Großbritannien 9,0	22) CSR 3,6

Eine kräftige Vermehrung der Zahl der Hauptanschlüsse braucht dabei durchaus nicht ungünstig auf die Rentabilität zu wirken. Auch wenn es sich

bei den Zugängen vorwiegend um private Anschlüsse und damit zu einem gewissen Teil um nur schwach genutzte Anlagen handelt, führt die zunehmende Fernsprehdichte langfristig auch zu einer Erhöhung der gesamten Anlagenausnutzung. So weisen Länder mit hoher Fernsprehdichte, wie die USA und Kanada, wesentlich höhere Gesprächszahlen je Hauptanschluß auf als die Bundesrepublik. Hinzu kommt, daß in Deutschland nicht nur eine allgemeine Verlagerung vom Briefverkehr zum Fernmeldeverkehr, sondern auch innerhalb des Telefonverkehrs ein besonders starkes Wachstum bei den Ferngesprächen festzustellen ist. Hierdurch werden die Einnahmen der Bundespost ebenfalls günstig beeinflusst. Eine Erhöhung der Investitionen läge daher auch im Interesse der Post. Höhere Investitionen der Bundespost sind aber nicht nur wegen der Nachfragesteigerungen nach Fernsprecheleistungen erforderlich, sondern auch wegen des allgemeinen Zwangs zur Rationalisierung. Wenn es auch bisher noch gelungen ist, bei jährlichen Personalabgängen von rd. 30 000 Arbeitskräften den Personalbestand zu vergrößern, wird es künftig auch für die Post in Anbetracht der allgemein angespannten Beschäftigungslage in der Bundesrepublik immer schwieriger werden, Kräfte für eine Erweiterung des Betriebes zu bekommen. Daher muß auch im heute noch vorwiegend arbeitsintensiven Postwesen der Leistungszuwachs vor allem durch erhöhten Kapitaleinsatz gewährleistet werden.

In den letzten Jahren sind zwar die Investitionen und damit auch die Zugänge an Telefon-

hauptanschlüssen erheblich gesteigert worden; diese Investitionen waren jedoch, verglichen mit denen anderer Staaten, nicht ungewöhnlich hoch. Italien beispielsweise verzeichnete etwa die gleiche Zahl jährlich neu eingerichteter Fernsprechan Anschlüsse, Japan erzielte sogar die 1,7-fache Leistung.

Die Investitionsfinanzierung

Der Kapazitätsspielraum der Fernmeldeindustrie läßt in Verbindung mit einer stärkeren Einbeziehung des Imports eine Erhöhung der Fernmeldeinvestitionen zu. Auch die Installation der Anlagen wird durch die Arbeitskräfteknappheit nicht entscheidend beeinträchtigt. Die Schwierigkeiten sind vielmehr in der Finanzierung zu suchen. Zwar wurden von der Bundespost in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Bundesregierung auch aus konjunkturpolitischen Erwägungen die Bauinvestitionen eingeschränkt. Die erwähnten Schwierigkeiten bei der Ausweitung der Kapazitäten haben jedoch auch schon vorher bestanden; die vorübergehenden Investitionsbeschränkungen, über deren Zweckmäßigkeit und Rechtfertigung gerade deshalb Bedenken erhoben werden müssen, haben so am grundsätzlichen Tatbestand nichts geändert.

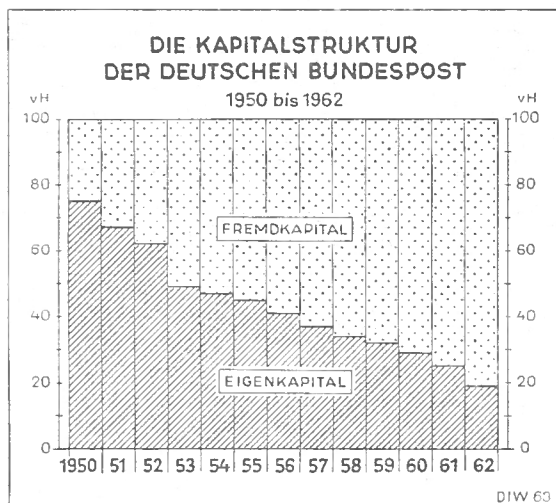
Die Deutsche Bundespost war bei der Finanzierung ihrer Investitionen in den letzten Jahren völlig auf Fremdmittel angewiesen. Im Gegensatz zur übrigen Wirtschaft konnte sie also nicht einmal in Perioden starker Wirtschaftsexpansion eine wenigstens teilweise Selbstfinanzierung er-

Die Finanzierung der Investitionen bei der Deutschen Bundespost
in Mill. DM

	1950	1951	1952	1953	1954 9 Mon.	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962
	Rechnungsjahre, ohne Berlin (West)					Kalenderjahre, einschl. Berlin (West)							
A. Finanzierungsbedarf													
1. Bruttoinvestitionen ¹⁾	359	457	424	497	536	789	770	831	984	1 019	1 150	1 409	1 778
2. Beteiligungen und Darlehen ²⁾	66	136	15	67	32	55	267	67	127	121	80	110	156
3. Finanzierungsbedarf, gesamt	425	593	439	564	568	844	1 037	898	1 111	1 140	1 230	1 519	1 934
B. Finanzierungsmittel													
1. Reingewinn bzw. Reinverlust	+ 249	+ 57	- 51	- 221	+ 78	+ 159	+ 34	- 132	- 116	+ 39	+ 71	- 143	- 382
2. Abschreibungen	136	160	180	213	179	293	325	366	403	449	495	530	721
3. sonstige Eigenmittel ³⁾	4	30	92	54	- 7	- 84	- 10	14	7	41	10	79	60
4. abz. Schuldentilgung	43	63	119	129	185	411	523	802	649	637	590	562	531
5. Für Investitionen verfügb. Eigenmittel ⁴⁾	+ 346	+ 184	+ 102	- 83	+ 65	- 43	- 174	- 554	- 355	- 108	- 14	- 96	- 132
6. Langfristige Fremdmittel	61	327	219	359	397	587	544	754	1 203	922	952	1 303	1 781
dar. Postscheck- und Postsparkassenmittel	-	212	51	56	36	58	138	201	289	198	213	321	467
7. Mittel- und kurzfristige Fremdmittel	18	82	118	258	106	300	667	698	263	326	292	312	285
dar. Schatzanweisungen	-	63	88	207	106	300	532	603	250	270	196	205	217
8. Fremdmittel, gesamt	79	409	337	647	503	887	1 211	1 452	1 466	1 248	1 244	1 615	2 066
C. Anteil am Finanzierungsbedarf, in vH													
1. Eigenmittel	81	31	23	- 15	11	- 5	- 17	- 62	- 32	- 9	- 1	- 6	- 7
2. Fremdmittel	19	69	77	115	89	105	117	162	132	109	101	116	107
Nachrichtlich:													
Ablieferung an den Bund	143	156	173	197	160	239	258	276	300	327	362	388	422

Quelle: Kapitalrechnungen der Deutschen Bundespost (ohne Schuldentilgung).

¹⁾ Betriebsanlagen einschl. Vorräte. — ²⁾ Einschl. Beträge für Erhöhung der Anzahlungen und Forderungen. — ³⁾ Rückstellungen, Rechnungsabgrenzung, Verkauf von Sachwerten, Darlehenstilgung, Kasse und Guthaben. — ⁴⁾ Zur Kreditprolongierung oder Umschuldung verwendete Fremdmittel (—).



reichen. Die Fremdkapitalbeschaffung war der Post allerdings durch die besondere Stellung als Staatsbetrieb mit Bankfunktionen erleichtert. Eine Zeitreihe der (einschl. Abschreibungen, aber ohne Schuldentilgung) für die Finanzierung der Bruttoinvestitionen und für eigene Darlehen zur Verfügung stehenden Eigenmittel zeigt, daß mit Ausnahme einiger Jahre am Anfang des vorigen Jahrzehnts keinerlei Eigenmittel für Investitionen zur Verfügung gestanden haben. Es mußten im Gegenteil erhebliche Fremdmittel zur Kreditprolongierung oder zur Umschuldung kurzfristiger Mittel eingesetzt werden. Auch die Abschreibungen werden seit einigen Jahren nicht in voller Höhe erwirtschaftet. Für die Jahre 1950 bis 1962 läßt sich ein Fremdmittelanteil am Finanzierungsbedarf von 107 vH errechnen. Als Folge hiervon ging der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme von 75 vH 1950 auf 19 vH 1962 zurück. Die Investitionen wurden zu zwei Dritteln langfristig finanziert, wobei Schuldscheindarlehen vorherrschten. Bei der kurzfristigen Verschuldung handelte es sich fast ausschließlich um unverzinsliche Schatzanweisungen.

Lösungen auf Zeit oder Lösungen auf Dauer?

Die in diesem Jahr wirksam gewordenen Gebührenerhöhungen sollten — bezogen auf ein ganzes Jahr — Mehreinnahmen von 600 Mill. DM erbringen. Hätte diese Erhöhung bereits im Jahre 1962 das Betriebsergebnis der Bundespost verbessern können, so wäre bei dem gegebenen In-

vestitionsniveau statt der Kuriosität einer negativen Eigenfinanzierung eine Selbstfinanzierungsquote von etwa 25 vH der Investitionen in Sachanlagen und Beteiligungen (oder eine unter vielen denkbaren Kombinationen zwischen höheren Investitionen und geringerem, wenn auch noch positiven Eigenmittelanteil) möglich gewesen. Für das Geschäftsjahr 1964, in dem diese Gebührenerhöhungen aber zum ersten Male ganzjährig wirksam sein werden, ist infolge der inzwischen eingetretenen und bis dahin noch zu erwartenden Kostensteigerungen mit einem derart günstigen Ergebnis nicht zu rechnen. Wahrscheinlich wird der Fremdfinanzierungsanteil dann wiederum in der Nähe von 100 vH liegen.

Bei dieser Perspektive ist es verständlich, daß sich die Blicke auf die Ablieferungspflicht der Bundespost in Höhe von $6\frac{2}{3}$ vH ihres Umsatzes richten. Insgesamt sind seit 1950 3,3 Mrd. DM an diesen Quasi-Steuern in den Bundeshaushalt geflossen; bei einem Verzicht auf Ablieferung hätte dieser Betrag die Fremdfinanzierungsquote im Zeitraum 1950 bis 1962 von 107 vH auf 80 vH senken können.

Dieser Weg bietet jedoch auch keine Lösung von Dauer. Wäre die Finanzierungsreserve aus einem Wegfall der Ablieferungspflicht erschöpft, bliebe dann nur noch die direkte Subventionierung aus Haushaltsmitteln. Will man aber vermeiden, daß ein weiteres großes öffentliches Unternehmen letztlich der Dauersubvention anheimfallen soll, wäre ihm der Weg zu einer größeren wirtschaftlichen Selbständigkeit zu öffnen. Dazu gehört vor allem eine flexiblere Preisgestaltung, die sowohl die Defizite bei den traditionellen Diensten beseitigt, als auch gemäß den jeweiligen Nachfrageelastizitäten die notwendigen Investitionsmittel für die „Wachstumsdienste“ aus ihren Erträgen weitgehend selbst zu schöpfen sucht — kurzum, die kaufmännisch ist.

Dem steht freilich die bekannte politisch-psychologische Doktrin entgegen, daß ein öffentliches Unternehmen auch bei steigenden Kosten seine Preise stabil zu halten habe. In einer Wirtschaft mit genereller Preisflexibilität bedeutet dies für ein Unternehmen mit gebundenen Preisen unausweichlich Verluste, bedeutet Verzicht auf Investitionen und führt zu dem eingangs erwähnten Mangel an Fernsprechan schlüssen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170
 Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium*: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hiß, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.
 Schriftleitung: Dr. Horst Seidler, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9.
 Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, 1 Berlin 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany
 Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit†)	1962						1963									
			July	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	July	Aug.	Sept.	
			22,8	23,7	21,0	23,8	21,2	19,2	22,8	20,8	22,0	20,8	21,8	18,2	23,8	22,9	21,8	
Anzahl der Werktag			22,8	23,7	21,0	23,8	21,2	19,2	22,8	20,8	22,0	20,8	21,8	18,2	23,8	22,9	21,8	
Industr. Auftragseingang (kalendermonatlich) 1) 2)	BRD	1954 = 100	D	202	195	206	231	221	188	199	184	212	217	230	200	220	201	.
Grundstoffindustrie	"	"	"	196	189	188	203	191	162	173	158	183	194	212	186	210	193	.
Investitionsgüterindustrie	"	"	"	246	238	245	268	265	240	258	240	268	261	271	248	284	254	.
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	"	148	141	179	220	203	153	157	143	177	188	201	156	147	138	.
Ind. Bruttoproduktionswert 3)	BRD*)	Mill. DM	S	24323	24789	25502	27705	26841	24108	23155	21945	24939	25211	25821	23568	25921	24886	.
Produktionsindex 4)																		
Industrie insgesamt	BRD	1950 = 100		258	255	287	290	310	288	253	259	278	293	292	304	267	264	294
Bergbau	"	"	"	145	144	149	153	164	162	158	158	159	158	158	160	148	148	151
Energieversorgungsbez.	"	"	"	250	244	270	285	319	335	343	329	317	294	276	266	256	266	296
Bauhauptgewerbe	"	"	"	291	282	303	290	291	208	79	73	208	326	340	388	321	311	330
Grundstoffe u. Prod.-Güter	"	"	"	296	290	305	300	309	282	260	267	295	314	323	335	305	307	319
Investitionsgüter	"	"	"	334	326	395	385	414	404	348	359	384	395	386	420	340	331	394
Verbrauchsgüter	"	"	"	202	204	247	249	267	241	220	223	235	246	245	235	206	210	247
Nahrungs- u. Genussmittel	"	"	"	223	228	232	265	295	256	205	211	217	242	241	257	242	234	241
Industrieprodukt. Bln.(W) 5)	W-B	1936 = 100		151	156	182	177	186	178	161	174	180	179	178	178	152	165	.
Produktion																		
Eisenerz	BRD*)	1000 t	S	1397	1382	1365	1439	1391	1176	1258	1168	1231	1071	1130	1002	1032	1091	1017
Roheisen	"	"	"	2134	2110	2056	2108	1961	1835	1982	1770	1953	1805	1957	1801	1975	1929	1883
Rohestahl 6)	"	"	"	2920	2872	2748	2860	2672	2295	2844	2405	2700	2484	2695	2446	2773	2707	2588
Walzwerkserzeugnisse	"	"	"	1938	1970	1814	1931	1771	1525	1757	1589	1770	1651	1768	1571	1865	1819	1754
Personenkraftwagen	BRD*)	Anzahl	S	108841	157749	171458	199719	187297	139397	176228	150978	208209	201874	208618	176781	157287	149868	192396
Lastkraftwagen	"	"	"	15280	20725	19957	23187	21698	16705	21964	20061	21186	20332	19886	17855	15902	18586	22184
Kupfer (Elektrolyt)	BRD*)	t	S	20100	20983	19767	21587	20217	20675	19552	19489	19564	19746	20322	18498	20113	20212	18962
Blei (Hüttenblei insgesamt)	"	"	"	16253	13723	14734	18754	19993	15776	20146	19857	19157	19536	20942	18951	18159	17018	16157
Zink (roh)	"	"	"	14018	14245	13848	13927	13619	14134	13825	12414	14092	13401	13851	13635	13727	12366	12122
Steinkohle 7)	BRD*)	1000 t	S	11697	11886	10879	12674	12461	11188	18067	11388	12304	11744	12414	10443	11965	11275	11171
Koks 8)	"	"	"	3638	3557	3432	3560	3466	3562	3774	3469	3628	3343	3484	3297	3460	3402	3306
Steinkohlenbriketts	"	"	"	489	524	503	593	578	498	562	490	542	510	552	455	536	518	.
Braunkohle	"	"	"	8263	8274	8305	9491	9259	9371	10077	8944	9142	7999	8318	7531	8546	8714	8793
Braunkohlenbriketts	"	"	"	1350	1390	1310	1424	1321	1287	1405	1276	1377	1188	1305	1133	1391	1409	.
Stromerzeugung 9)	BRD*)	Mill. kWh	S	10288	10437	10819	12203	12410	12795	13621	12169	12973	11454	11307	10208	11012	11177	.
Gasenerzeugung 10)	"	Mill. cbm	"	1921	1875	1839	1923	1915	2020	2128	1941	2007	1825	1871	1747	1819	1805	.
Erdölförderung	"	1000 t	"	581,0	576,4	571,0	601,0	582	590	537	508	584	596	625	623	649	656	629
Zeitungsdruckpapier	BRD*)	1000 t	S	19,7	20,3	19,0	20,8	19,6	19,3	18,0	18,9	15,1	15,4	19,9	14,4	17,3	21,8	15,3
Papier und Pappe (ohne Zeitungsdruckpapier)	"	"	"	292,0	296,3	272,9	307,5	290,2	253,3	298,2	271,3	307,5	272,9	304,8	268,6	314,3	304,3	.
Hütten- u. Walzwerkseinrichtungen	BRD*)	t	S	9945	10338	12520	12407	11133	33578	9571	9910	11099	16017	11489	15319	15956	10023	.
Masch.- u. Präzisionswerkz.	"	"	"	3580	3308	3507	4149	4722	6021	3848	3606	4023	3635	4067	3090	3909	9431	.
Lufttechn. Anl. u. Ventilator.	"	"	"	9256	8639	9331	10479	10159	11214	7984	7634	9297	7312	8156	8498	8700	8932	.
Masch. für d. Bauwirtschaft	"	"	"	28652	27805	28876	27955	23914	22428	18396	19761	27341	31989	32779	29331	31833	29514	.
Baustoffmaschinen	"	"	"	8358	9418	9734	8725	8585	13611	10613	8916	9227	9347	9618	9228	9959	9338	.
Büromaschinen	"	"	"	1728	1272	2077	2056	1987	1700	1710	1665	2283	1872	1979	1776	1676	1671	.
Textilmaschinen	"	"	"	7809	6936	8073	7841	7093	7552	7676	6496	7829	6888	7213	6978	7281	6308	.
Akkumulatoren u. -batterien	BRD*)	t	S	5895	6507	6941	9009	8526	7503	8711	7862	8736	8497	8717	7162	7806	7732	.
Isolierte Drähte u. Leitungen	"	"	"	14566	13791	15203	16721	15913	13021	14686	14339	15785	15225	15680	13215	15462	14324	.
Kabel	"	"	"	20911	20488	19973	22173	20780	18033	18714	16297	21764	20271	23113	18924	22475	20839	.
Elektr. Glühlampen	"	1000 Stck.	"	7383	4839	7652	8246	7601	6280	7827	7494	7441	7305	8313	6403	6504	4941	.
Rundfunkempfangsgeräte	"	"	"	283	247	299	318	309	249	289	288	300	323	348	289	306	217	213
Fernsehempfangsgeräte	"	"	"	118	120	164	202	196	137	169	149	159	151	151	129	140	108	175
Geräte u. Einrichtung der Drahtfernmeldetechnik	"	"	"	1664	1667	1715	1775	1721	1728	1619	1817	2173	1917	1926	2165	2143	2165	.
Mikroskope u. Mikrogeräte	BRD*)	Stck.	S	3517	4063	3865	2942	4654	3232	3700	3696	3452	3433	4028	3463	3752	3796	.
Armbanduhren	"	1000 Stck.	"	465	467	614	720	708	499	458	431	493	426	406	329	446	382	.
Schwefelsäure 11) (SO₂-Inh.)	BRD*)	1000 t	S	212,0	222,0	211,0	217,0	213	220	216	199	224	218	227	226	234	234	224
Soda (Na ₂ CO ₃)	"	"	"	90,4	83,4	84,9	84,3	85,3	81,7	81,8	79,2	88,7	92,9	89,6	82,9	86,4	87,8	83,5
Chlor	"	"	"	67,9	68,5	66,8	70,7	72,9	72,1	75,8	66,8	77,1	81,5	76,4	75,7	78,6	78,2	.
Stickstoffdüngem. (N-Inh.)	"	"	"	99,2	109,4	102,8	106,8	101,8	97,0	94,6	84,0	100,7	95,7	105,5	103,7	103,6	108,8	104,8
Phosphor (P ₂ O ₅)	"	"	"	81,8	84,0	79,1	75,4	56,0	49,1	55,3	40,2	55,4	68,8	80,4	74,6	84,8	86,1	86,2
Kammgarne, Streichgarne 12)	BRD*)	t	S	9074	8747	9461	10968	10129	8361	10105	9203	10063	9793	10232	8481	9674	8599	9879
Baumwollgarne	"	"	"	28292	26300	31741	35827	33015	27549	34138	30106	33190	31636	33781	27318	29589	23862	31467
Arbeits- und Straßenschuhe	BRD*)	1000 Paar	S	7862	9000	8854	10181	9309	7178	9494	8638	9700	9238	9149	4354	8610	8645	.
Haushaltsporzellan	"	t	"	7274	7221	7130	7610	7528	7018	7288	7069	7487	7104	7386	6768	7115	7061	7000
Schlachtungen 13)																		
Rinder insgesamt	BRD*)	1000 Stck.	S	296,7	306,4	324,2	413,4	390,6	312,4	349,5	280,2	289,1	304,7	301,2	257,4	324,9	312,0	.
Schweine insgesamt	"	"	"	1776,2	1623,8	1594,5	1974,8	2140,3	2457,2	2260,1	1948,4	2029,6	2011,8	1766,1	1537,2	1773,7	1618,8	.
Zigaren	"	Mill. Stck.	"	300	294	337	379	360	278	362	317	330	316	349	271	327	278	.
Zigaretten	"	"	"	5183	5413	4862	5658	5436	4030	5078	4588	4850	4862	5339	4592	5680	5380	.
Bier 14)	"	1000 hl	"	5203	5679	4513	4817	4130	4458	3727	3821	4360	5359	5585	5319	6425	5637	.
Geleistete Arbeitsstunden in der Bauwirtschaft 15)	BRD*)	1000 Arb.-St.	S	259894	259555	246262	265241	236441	151631	68286	56759	171908	253018	275628	258919	281969	260172	262782
davon entfielen auf																		